



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 4/14

I. Wochenbeginn

1. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung

Der Plan der Bundesregierung, den Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung in diesem Jahr nicht zu senken, sondern ihn bei **18,9 Prozent stabil zu halten**, wird von einer Mehrheit von Experten begrüßt. Dies wurde in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am Montagnachmittag, an der ich teilgenommen habe, deutlich. Öffentliche Anhörung ist wie der Name schon sagt öffentlich. Angehört werden von den Mitgliedern des Ausschusses Sachverständige, die über eine Expertise in den Fachthemen verfügen. Zur Debatte standen zum einen ein entsprechender Gesetzesentwurf von CDU/CSU und SPD und ein weiterer der Fraktion Die Linke, mit dem ebenfalls erreicht werden soll, die Beiträge nicht, wie ursprünglich vorgesehen, auf 18,3 Prozent zu senken.

„Eine solche Maßnahme hat natürlich eine stabilisierende Wirkung auf die Gesetzliche Rentenversicherung, sowohl auf deren Finanzlage als auch auf den Beitragssatz“, stellte **Eckart Bomsdorf, Wirtschafts- und Sozialstatistiker** aus Köln, fest. Er fügte jedoch hinzu, dass man gegenwärtig nicht sagen könne, wie lange diese Wirkung andauern wird. Das hänge von verschiedenen Faktoren wie zum Beispiel der allgemeinen konjunkturellen Lage ab. Er plädierte außerdem dafür, das Intervall für die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung von mindestens 0,5 auf höchstens drei Monatsausgaben zu vergrößern. Die Nachhaltigkeitsrücklage ist eine finanzielle Reserve zum Ausgleich von Einnahme- und Ausgabeschwankungen und zur Stabilisierung der Beitragssätze. „Dann hätten wir dieses Auf und Ab bei der Rentenversicherung nicht“, sagte Bomsdorf zur Begründung. **Holger Viebrok** von der **Deutschen Rentenversicherung Bund** verwies darauf, dass die Nachhaltigkeitsrücklage dazu da sei, konjunkturelle Schwankungen

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche in Berlin war richtig stressig – viele Termine, die erste Anhörung im Ausschuss, Fachgespräche zu meinen sozialpolitischen Themen wie Rente und Mindestlohn; dann der Besuch des Schweizer Botschafters, S.E. Tim Guldinmann in der Landesgruppe, der das Abstimmungsergebnis zur Einwanderung in die Schweiz erläutert hat, weiter ein Empfang beim amerikanischen Botschafter, S.E. John B. Emerson. Dazu kamen Abendtermine wie mit der „Gruppe 13“, über die sicher später noch ausführlicher berichtet werden wird.

Bei allen im Berliner Betrieb spürbaren innenpolitischen Spannungen wegen der Edathy-Affäre, die ich nicht kleinreden will, treibt mich größere Sorge um die Vorgänge in der Ukraine um. Tote, Verletzte, Gewalt, Hass und Misstrauen: die Bilder sind schwer zu verkraften und zu verstehen. Einmal mehr wird deutlich bewusst, welche hohen Güter sozialer Frieden, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind. Ich hoffe, dass sich alle Beteiligten endlich zusammensetzen, um einen Weg zu einem tragfähigen Frieden zu finden, wenigstens miteinander sprechen, statt aufeinander zu schießen.

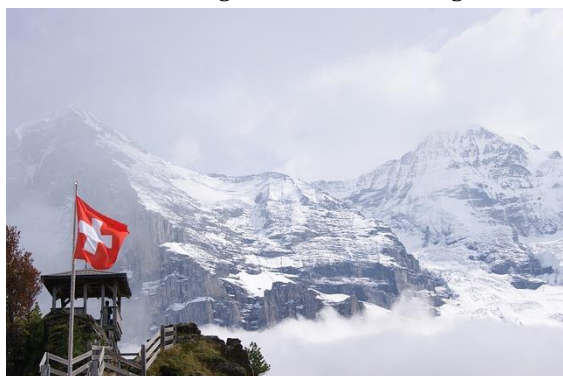
Ihnen allen wünsche ich trotz der bewegten Zeiten frohe und gesellige Stunden und verbleibe mit besten Wünschen für eine glückselige Fasnet

Ihre

auszugleichen und nicht zum Aufbau eines Kapitalstocks. Deshalb sei es richtig, diesen abzubauen, wenn die Höchstgrenze erreicht ist. Der **Deutsche Gewerkschaftsbund** äußerte sich ebenfalls zustimmend zu den Plänen einer Beitragsstabilisierung. **Rudolf Zwiener**, vom **Institut für Makroökonomie der Hans-Böckler-Stiftung**, plädierte ebenfalls für einen Beitragssatz von 18,9 Prozent. Zum einen sei dies mit Blick auf die demografische Entwicklung sinnvoll, zum anderen müssten dringend Leistungsverbesserungen zum Beispiel bei der Erwerbsminderungsrente erreicht werden. Und: „Will man Altersarmut wirksam bekämpfen, darf man die Beiträge auf keinen Fall senken“, betonte Zwiener.

2. Schweizer Botschafter zur Gast in der Landesgruppensitzung

Am Montagabend war Tim Guldemann, Botschafter der Schweiz, zur Gast in unserer Landesgruppensitzung in der Landesvertretung Baden-Württemberg. Das Votum der Schweiz dominierte ganz klar die Diskussion. Der Botschafter hat sein Bedauern über das Ergebnis der Abstimmung zum Ausdruck gebracht und betonte, dass man gerade dabei sei, über die



sich aus dem Votum ergebenden Konsequenzen im Klaren zu werden. Eine Lösungsfindung im Sinne insbesondere der Schweizer Wirtschaft erklärte Tim Guldemann zum Ziel des nunmehr verantwortlichen Gesetzgebers, der innerhalb der nächsten drei Jahre die Begrenzung der Zuwanderung gesetzlich regeln muss. Negative Auswirkungen auf die Nachbarschaft bzw. konkret auf den Zugang deutscher Fachkräfte zum Schweizer Arbeitsmarkt wolle man in jedem Fall vermeiden, so Guldemann.

In diesem Zusammenhang sind die Berechnungen der **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** nicht uninteressant. Denn wie aus diesen hervorgeht, **steigern Migranten die Nettostaatseinnahmen der Schweiz** je nach Berechnungsmethode um jährlich **6,5 bis 11 Milliarden Schweizer Franken**. Relativ zur Größe des Bruttoinlandsprodukts ist das mehr als in jedem anderen OECD-Land. Neben Luxemburg verzeichnete die Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerung im Jahr 2011 mit 143.000 Zuwanderern die stärkste Migration. Darunter waren jedoch überproportional viele Personen im Erwerbsalter, aus einkommensstarken Ländern und mit hoher Beschäftigungsrate. Unter den Einwanderern mit ausländischer Staatsangehörigkeit bildeten die Deutschen die größte Gruppe (ca. 20 Prozent), gefolgt von den Portugiesen (ca. 10 Prozent). Unter der ausländischen Wohnbevölkerung sind 78 Prozent im erwerbsfähigen Alter (25-64 Jahre). Zum Vergleich: In Deutschland sind dies nur 51,1 Prozent. *(Quelle: OECD – Internationaler Migrationsausblick 2013)*

II. Die Woche im Parlament

1. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan. Wir stimmen in namentlicher Abstimmung dem Antrag der Bundesregierung auf eine Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) bis zum 31. Dezember 2014 zu. Das deutsche Kontingent kann bis zu 3.300 Soldaten umfassen, einschließlich der Rückverlegungskräfte. Die ISAF wird im laufenden Jahr schrittweise die Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte übertragen. Die Bundeswehr bleibt bis dahin weiterhin ein zuverlässiger Partner in der Gewährung von Sicherheit für die friedliche zivile Entwicklung des Landes. Ihr Einsatz

zeigt Erfolg, wie der Bericht der Bundesregierung aufzeigt – die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich während des Einsatzes stetig verbessert.

2. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali. Wir beschließen auf Antrag der Bundesregierung in einer namentlichen Abstimmung die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission in Mali. Das Mandat läuft bis zum 28. Februar 2015. Aufbauend auf dem bisherigen Erfolg dieser Ausbildungsmission, soll die Zahl der Ausbilder erhöht und die Personalobergrenze von 180 auf 250 Soldaten angehoben werden. Unser stärkeres Engagement dient der Befähigung der malischen Streitkräfte gegen die stark angewachsene Gefahr durch terroristische Gruppierungen in Mali. Eine Stabilisierung der Lage zeichnet sich bereits ab.

3. Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (14. SGB V-Änderungsgesetz - 14. SGB V-ÄndG). In zweiter und dritter Beratung befassen wir uns mit der Preisbildung für Arzneimittel. Das Preismoratorium für Arzneimittel und der Herstellerrabatt für verschreibungspflichtige Arzneimittel werden fortgeführt. Das Gesetz stellt weiterhin Aspekte der Nutzenbewertung klar und regelt die zukünftige Preisbildung für neue Wirkstoffe. Außerdem regeln wir die Weiterentwicklung der hausarztzentrierten Versorgung unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit.

4. Gesetz zur Änderung des Schulobstgesetzes. Das seit 2009 bestehende EU-Schulobstprogramm ist Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik. Es soll Kindern und Jugendlichen die Bedeutung von Obst und Gemüse für die Ernährung bewusst machen. Wir beschließen in zweiter und dritter Beratung die Erhöhung des Kostenanteils für die EU von 50 auf 75 Prozent, wodurch teilnehmende Länder schon im Schuljahr 2014/2015 von geringeren Eigenanteilen profitieren können.

5. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2013. Der Bericht weist fast 25 Jahre nach Erlangung der Deutschen Einheit auf Fortschritte, aber auch auf die noch zu leistende Arbeit, hin.

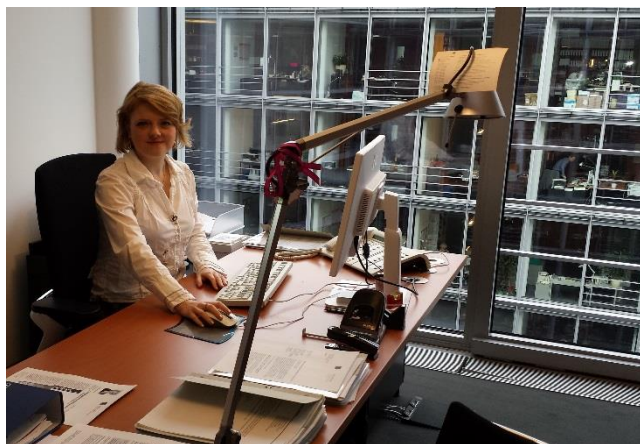
6. Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung. Der bereits am 22. Mai 2013 durch das damalige Bundeskabinett beschlossene Bericht unterstreicht die hohe Bedeutung des Tourismus für nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Eine Studie belegt den ökonomischen Stellenwert des Tourismus für die deutsche Wirtschaft. So hängen etwa 2,9 Millionen Erwerbstätige und 280 Milliarden Euro Wertschöpfung an diesem Wirtschaftszweig. Erfreulich ist, dass Deutschland bei den Gästeübernachtungen doppelt so viel zulegen konnte wie der europäische und weltweite Durchschnitt. Der Bericht verdeutlicht auch, dass eine bessere touristische Erschließung oft eine besondere Chance für ländliche Räume darstellt.

III. Sonstiges

1. Wir sind umgezogen! Vor zwei Wochen war es endlich soweit, wir durften unsere endgültigen Büroräume beziehen. Am Anfang stand uns ein einziger Raum zur Verfügung, den wir auch noch mit meinem Kollegen Michael Donth und seinem Team teilen sollten. Jetzt haben wir etwas mehr Platz und fühlen uns wohl im Paul-Löbe-Haus. Falls Sie mal in der

Hauptstadt unterwegs sein sollten, dann sind Sie im Deutschen Bundestag herzlich willkommen! Bitte zögern Sie nicht, mich und mein Team in Berlin diesbezüglich zu kontaktieren.

Mein Berliner Team:



Julia Reichert

Frau Reichert leitet mein Büro und steht jederzeit als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Sie unterstützt mich bei der inhaltlichen Vorbereitung meiner Ausschüsse, Termine, Reden und ist zuständig für die Bearbeitung der Bürgeranliegen.

Telefon: 030-227-74897

E-Mail: gabriele.schmidt.ma01@bundestag.de



Sina Lorenz

Frau Lorenz ist für die Organisation meines Büros zuständig und sorgt für die Terminkoordination. Die Betreuung und die Organisation von Besuchergruppen fallen ebenfalls in ihren Zuständigkeitsbereich.

Telefon: 030-227-74899

E-Mail: gabriele.schmidt@bundestag.de

2. Erwin Teufel in Berlin



Eine große Freude war für mich das Zusammentreffen mit meinem Landsmann Erwin Teufel in Berlin. Der langjährige ehemalige Ministerpräsident ist nach wie vor ein gefragter Redner. Zu einem Vortrag im Rahmen der Reihe „Lebensgeschichten und Einsichten“ der Konrad-Adenauer-Stiftung war er nach Berlin gekommen. Teufel, wenige Tage vor Beginn des 2. Weltkrieges geboren, berichtete lebhaft und sehr lebendig über seine Kindheit und Jugend als Ältester von 9 Geschwistern. Noch spannender war für mich die Schilderung seines Werdegangs vom Jugendlichen in die Politik bis zum Ministerpräsidenten. Er erläuterte erstaunlich offen seinen heutigen Standpunkt zu Staat und Kirche. Teufel begrüßte mich wie eine alte

Bekannte und freute sich sichtbar mit mir über mein Mandat im Deutschen Bundestag.